



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Unterbezirk Bremen-Stadt

Beschlüsse

UB-Parteitag, 21. September 2019

- A 4 Selbstverständnis Klimaschutz in der SPD**
Antragssteller: AK Umwelt, Unterbezirksvorstand

- A 5 Mobilität für alle**
Antragssteller: Unterbezirksvorstand

- A 6 Vorfahrt für Bildung**
Antragssteller: Unterbezirksvorstand

- A 7 Bremen benötigt ein Mieterrätegesetz**
Antragssteller: OV Schwachhausen Süd-Ost

- A 10 Keine Wohnungsverkäufe der Gewoba zur privatwirtschaftlichen Nutzung**
Antragssteller: OV Gartenstadt-Vahr

- A 12 Öffentliche Verantwortung wahrnehmen – Der Staat darf sich nicht dünne machen**
Antragssteller: Unterbezirksvorstand

Überweisungen an die Bürgerschaftsfraktion

- A 11 Nutzung Neue Pathologie**
Antragssteller: OV Peterswerder-Steintor

Selbstverständnis unserer Klimaschutzpolitik in der SPD:

- 5 • **Für das Erreichen der Klimaschutzziele des Pariser Übereinkommens von 2015.**
- **Für eine „gerechte Klimapolitik“ als neue sozialdemokratische Erzählung.**
- 10 • **Die SPD stellt fest, dass die Ziele konsequenten Klima- und Umweltschutzes nicht mit denen einer unregulierten Marktwirtschaft übereinstimmen. Da der Zwang zu ständigem Wachstum und der Maximierung von Profiten zwangsläufig auf der Ausbeutung von Mensch und Natur beruhen, muss eine nachhaltige Politik über die Grenzen dieses aktuellen Wirtschaftssystems hinausreichen.**
- 15 • **Für eine CO₂-Bepreisung – aber mit einem sozial gerechten Ausgleich, einer arbeitsplatzsichernden außenwirtschaftlichen Flankierung und einer massiven Ausweitung öffentlicher Investitionen und Dienstleistungen.**

Wir fordern deshalb:

- 20 1) Den Klimawandel zu begrenzen, stellt eine noch nie da gewesene Herausforderung dar. Das Erreichen der Klimaschutzziele des Pariser Übereinkommens von 2015 ist daher eine Querschnittsaufgabe, die immer mit gedacht werden muss.
- 25 2) Die SPD strebt eine gerechte Klimapolitik an, die einen neuen Leitfaden für eine gemeinschaftliche Gesellschaft bilden soll.
- 3) Eine im Sinne der SPD gerechte Klimapolitik muss vor allem mit gerechter Ordnungspolitik realisiert werden, die allen angemessene Veränderungen abverlangt, also auch den Wohlhabenden und Reichen.
- 30 4) Die SPD setzt sich für eine CO₂-Bepreisung ein. Die Ausnutzung des marktwirtschaftlichen Steuerungsmechanismus etwa durch eine CO₂-Bepreisung ist grundsätzlich ein sinnvoller und – bei hinreichend spürbarer Verteuerung infolge der Bepreisung – erfolgversprechender Ansatz.

- 35 5) Erforderlich sind vier ergänzende Maßnahmen, um den unter (2) und (3) ge-
nannten Anforderungen an eine gerechte Klimapolitik zu entsprechen. Die
SPD setzt sich daher ein:
- für einen Mechanismus, durch den die Einnahmen aus der CO₂-Steuer
nicht an die Investoren, sondern an die Bürgerinnen und Bürger zurück-
fließen; ein solcher Klima-Bonus sollte so ausgestaltet sein, dass er pro
40 Kopf in gleicher Höhe gewährt wird und nicht auf etwaige Transferzah-
lungen angerechnet wird;
 - für einen Grenzsteuer-Ausgleich auf europäischer Ebene, damit Pro-
dukte aus dem EU-Ausland, die in ihrem Herkunftsland nicht der glei-
chen preislichen Mehrbelastung durch CO₂-Bepreisungen unterliegen,
45 im gleichen Ausmaß wie in Europa hergestellte Produkte mit einer
Steuer belegt werden;
 - ergänzt durch notwendige gesetzliche Auflagen und Rahmenbedingun-
gen, die das Verbot von Produkten, Dienstleistungen und Verhaltens-
weisen umfassen kann;
 - für eine massive Ausweitung der Investitionen in die ökologische Mo-
50 dernisierung und Erweiterung der öffentlichen und insbesondere der
kommunalen Infrastrukturen und Dienstleistungen sowie ein großange-
legtes Forschungs-, Entwicklungs- und Umsetzungsprogramm zur Ent-
wicklung von klimafreundlichen Technologien und Verfahren. Beson-
55 ders problematisch ist, dass das Festhalten an den finanzpolitischen
Vorgaben nicht geeignet ist, die insoweit erforderlichen umfangreichen
finanziellen Anforderungen zu bewältigen.
- 6) Wir halten die Vorschläge des Klimapakets der Bundesregierung vom 20.
60 September 2019 angesichts der Dramatik des Klimawandels für unzu-
reichend. Das Klimapaket wird der Verantwortung gegenüber gegenwärtigen
und zukünftigen Generationen nicht gerecht. Wir halten es für zweifelhaft, ob
das genannte Ziel, die Umsetzung der Klimaschutzziele des Paris Überein-
kommens in Deutschland durch drastische Emissionsminderungen, durch die
65 Maßnahmen des Klimapakets erreicht werden kann.

- 70
- Das Klimapaket enthält einige Maßnahmen, die zu begrüßen sind. Aus Bremer Sicht sind insbesondere die Anhebung der Ausbauziele auf 20 GW im Offshore-Bereich als ersten Schritt, der Wegfall des Deckels für Photovoltaik-Anlagen sowie der Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Mobilität zu nennen. Daneben ist die Minderung der Mehrwertsteuer auf Bahntickets im Fernverkehr sowie die Verteuerung der Flugtickets zu erwähnen.
 - Ferner begrüßen wir, dass es nun nach einer anhaltenden Verweigerung der CDU einen ersten Einstieg in die Bepreisung von
75 CO₂ gibt. Wir stellen allerdings ernüchert fest, dass die jetzige Form der CO₂-Bepreisung aus den folgenden drei Gründen unzureichend ist und nicht in der Lage, die notwendigen Emissionsminderungen zu erreichen.
 - Der Einstiegspreis von 10 Euro pro Tonne 2021, die Stei-
80 gerung auf 35 Euro pro Tonne bis 2025 sowie die Deckelung auf maximal 60 Euro sind zu niedrig, da eine spürbare Lenkungswirkung nach einhelliger Expertenmeinung erst ab 50 Euro zu erwarten ist. Die Bremser Rolle der CDU/CSU ist hier besonders unverantwortlich.
 - Es ist bedauerlich, dass für die soziale Abfederung von
85 Kostensteigerungen nicht eine einheitliche Klimaprämie gewählt wurde. Die Fokussierung der Kompensation durch die Steigerung der Pendlerpauschale ist unzureichend, weil sie nur Zahler von Einkommensteuer erreicht.
 - Eine erfolgreiche Klimawende verlangt ein groß-
90 angelegtes Investitionsprogramm der Modernisierung der öffentlichen Infrastrukturen.
 - Besonders ärgerlich ist daher, dass dem Festhalten an
95 den bisherigen finanzpolitischen Vorgaben der Vorrang vor den sozial-ökologischen Anforderungen gegeben wird.

100

- Wir begrüßen, dass es eine jährliche Überprüfung durch ein unabhängiges Gremium geben wird.
- Wir streben an, bei der ersten Konkretisierung und regelmäßigen Überprüfung der Maßnahmen durchzusetzen, dass sie im Sinne einer effektiven Klimapolitik umgesetzt. Wir bitten, den AK Umwelt insoweit Vorschläge zu erarbeiten.

Mobilität ist soziale Teilhabe

Unsere Ziele für die Mobilität der Zukunft in Bremen

5 Damit der soziale Mobilitätswandels für die Menschen in Bremen Wirklichkeit werden kann, braucht es insbesondere beim ÖPNV/SPNV die Förderung und den Ausbau sozialverträglicher Angebote: durch

- 10 • Zügige Umsetzung der mit den Koalitionspartnern vereinbarten Einführung des kostenlosen Stadttickets für berechtigte Kinder und Einführung des „25 Euro-Tickets“ für Schüler*innen, Azubis, Freiwilligendienstleistende. Unser Ziel als SPD bleibt der kostenlose Nahverkehr für alle Kinder und Jugendlichen. Wir begrüßen die Debatte um einen umlagefinanzierten Nahverkehr für alle in Bremen („einfach einsteigen“). Wir wollen mit der Initiative und in der Machbarkeitsstudie des Senats prüfen, ob und welches Finanzierungsmodell wir als sozial gerecht und umsetzbar erachten.
- 15 • attraktivere Gestaltung des Job-Tickets durch mehr Arbeitgeberzusammenschlüsse und Senkung der Mindestteilnehmerzahl sowie durch Schaffung anderer Großkundenmodelle jenseits des direkten Arbeitgebers, wie beispielsweise durch eine entsprechende Abwicklung über Kammern oder Gewerkschaften.
- 20 • Erhöhung der Angebotsdichte im ÖPNV/SPNV
 - Anbindung der Randgebiete und Gewerbegebiete an den ÖPNV (neue Linien, bessere Taktung).
 - Neue Straßenbahnlinien, insbesondere Querspange Ost und Schaffung einer Verbindung durch die Überseestadt. Ob letztere als Straßenbahn oder als Seilbahn errichtet wird, machen wir nicht von Symboldebatten abhängig, sondern von einer nüchternen Entscheidung anhand der zu erwartenden Kosten und Dauer.
 - 25 ○ Regio-S-Bahn: Gewährleistung des aktuellen Fahrplans, nötigenfalls Kündigung der NWB und Betreiberwechsel; die Schaffung weiterer Haltepunkte und weiterer Linien ist für uns eine notwendige Begleitmaßnahme zur Schaffung einer autofreien Innenstadt und zur Entlastung des Verkehrs im gesamten Stadtgebiet. Dazu fordert der Parteitag die Wiedereröffnung des Bahnhofs Huchting, eine zügige Entscheidung für
 - 30

35 den konkreten Standort eines Haltepunkts im Technologiepark und seine Realisierung sowie die Umsetzung der weiteren im Verkehrsentwicklungsplan vorgesehenen Haltepunkte und deren Anbindung an den lokalen ÖPNV ist zu verbessern.

40 • Realisierung von Fahrradbrücken zur Entlastung des Stadtverkehrs. Prioritär ist für uns eine Brücke von den Wohngebieten links der Weser zu den Gewerbegebieten in Hemelingen. Mit einer Brückenverbindung Walle – Woltmershausen wollen wir die Überseestadt entlasten und die Naherholungsangebote Woltmershausens für die Stadtteile rechts der Weser besser zugänglich machen. Eine Fahrradbrücke Neustadt wird in die Überlegungen mit einbezogen und geprüft.

45 • Ausbau der Weserradwege auch zu Naherholungszwecken: Vollendung des Weserradwegs von der Stephanibrücke zum Lankenauer Höft; Weiterführung per Wasser-Taxi nach Seehausen; Weiterführung des Weserradwegs jenseits des Hastedter Osterdeichs durch Hemelingen.; Beibehalt der Saison-Fähre Gröpelingen-Woltmershausen-Walle.

50 • Schwerpunkt bei der Verbesserung und Sanierung der Radwege und Radrouten auf die innenstadtferneren Stadtteile und die Gewerbegebiete unter Mitwirkung der Beiräte, da dort die bestehenden Radverbindungen bisher wesentlich schlechter sind als in Innenstadtnähe; Schaffung nahtloser, sicherer Radrouten in die Innenstadt auch für die innenstadtferneren Stadtteile. Das Konzept der Radpremiumrouten ist dafür eine gute Grundlage, muss sich aber an die jeweiligen Quartiersbedarfe anpassen (z.B. Grünzug West). Kostenlose Mitnahme von Fahrrädern in Fahrzeugen des ÖPNV.

55 • Mobilitäts-App

60 Eine digitale Vernetzung der Mobilitätsangebote per „Mobilitäts-App“ informiert die Menschen in Bremen überall dort, wo sie sich aktuell aufhalten, beispielsweise über vorhandene ÖPNV/SPNV-, Fahrradverleih- und Carsharing-Angebote.

65 • Vor Schulen, Kitas, Seniorenheimen, Krankenhäusern wollen wir Tempo 30 lückenlos umsetzen.

Vorfahrt für Bildung

- 5 1. Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich für die zügige Wiedererhebung der Vermögenssteuer nach dem Modell des SPD-Parteivorstandes einzusetzen. Seit dem Aussetzen der Vermögenssteuer 1997 entgehen den Ländern jährlich Milliardenereinnahmen. Geld, das ihnen für wichtige Investitionen, insbesondere in die Bildung fehlt. Für Bremen wäre mit Einnahmeverbesserungen von ca. 100 Millionen im Jahr zu rechnen, das wir vollständig für die Verbesserung der finanziellen Ausstattung unserer KiTas und Schulen einsetzen wollen.
- 10 2. Wir fordern die SPD-Bürgerschaftsfraktion (Land) auf, die Steigerung der Pro-Kopf-Schülersausgaben um jeweils weitere 500 € (ohne Schulbau) pro Jahr im kommenden Doppelhaushalt sicherzustellen, um die Qualität und die Leistungsfähigkeit des schulischen Systems weiter zu verbessern.
- 15 3. Wir fordern die SPD-Bürgerschaftsfraktion (Stadt) auf, die Finanzierung des Baus und des Betriebs von mindestens 3.000 zusätzlichen Kitaplätzen in der Stadtgemeinde Bremen in den kommenden vier Jahren sicherzustellen.

Bremen benötigt ein Mieterrätegesetz

Die Bremer SPD richtet eine Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines Konzepts zur Mitbestimmung von Mieterinnen und Mietern und zur Bildung von Mieterräten ein. An der Erarbeitung des Konzepts sollen auch Vertreter und Vertreterinnen der Mieter und Mieterinnen, von gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften und von Betriebsräten von Vermietungsgesellschaften beteiligt werden.

Keine Wohnungsverkäufe der Gewoba zur privatwirtschaftlichen Nutzung

5 Der Unterbezirksparteitag bittet die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats, darauf hinzuwirken, dass Verkäufe von Wohnungen aus dem Bestand der GEWOBA an private Wohnungsunternehmen oder Finanzinvestoren unterbleiben.

Überweisung an die Bürgerschaftsfraktion

Neue Pathologie mit nachhaltigen Kultur- und Sozialprojekten nutzen!

5

Die SPD-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft (Stadt) wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass im Zuge der Entwicklung des Neuen Hulsberg Viertels die Umsetzung von nachhaltigen Kultur- und Sozialprojekten auf dem Gelände der Neuen Pathologie ermöglicht wird.

10

Zu diesem Zweck soll darauf hin gewirkt werden, dass das Gelände der Neuen Pathologie aus der geplanten Ausschreibung herausgenommen und das Grundstück auf Basis des von der Geoinformation ermittelten Wertes von der Stadt Bremen angekauft wird – um es anschließend vorrangig nach Kriterien des besten Konzeptes an Betreiber zu

15

vergeben.

Öffentliche Verantwortung wahrnehmen – Der Staat darf sich nicht dünne machen

1. Das Recht auf Wohnen ein Menschenrecht, das wollen wir nicht alleine dem
5 Markt überlassen. Wir haben die die GEWOBA im öffentlichen Eigentum behal-
ten und die BREBAU in die Hand der Stadt geholt. Unsere beiden Wohnungs-
baugesellschaften halten Mieten bezahlbar und engagieren sich für ihre Quar-
tiere. Wir wollen beide auch dazu nutzen, neben dem verstärkten kommunalen
Wohnungsbau auch in den Ankauf von Wohnanlagen einzusteigen. Der Partei-
10 tag begrüßt den jüngsten Kauf der Lüssumer Heide von der Vonovia. Wir wollen,
dass ihm weitere folgen, wann immer dies zu vernünftigen Preisen möglich ist.

2. Unsere Städte sollen gezielt in den Ankauf strategisch wichtiger Flächen ein-
steigen. Bisherige Spekulation mit Bauland wollen wir unterbinden und dazu
15 motivieren, solche Grundstücke an die Stadt zu verkaufen. Dazu wollen wir in
Bremen eine Bodenspekulationsteuer einführen, d.h. nach Beschluss der Grund-
steuerreform einen empfindlich höheren Grundsteuersatz für baureife, aber
unbebaute Grundstücke (Grundsteuer C) in Bremen festlegen. Der Verkauf öf-
fentlicher Flächen muss eingeschränkt werden. Stattdessen wollen wir künftig
20 verstärkt Erbpacht-Lösungen anwenden, um langfristige kommunale Hand-
lungsmöglichkeiten zu erhalten.

3. Mit der teilweisen Rekommunalisierung der Müllabfuhr und der Straßenreini-
gung sowie der vollständigen Kommunalisierung der Recycling-Stationen und
25 des Kundenservices in der „Die Bremische Stadtreinigung AöR“ haben wir die
Neuorganisation und die effizientere Aufstellung dieser wichtigen öffentlichen
Daseinsvorsorge begonnen. Bei der Straßenreinigung müssen jetzt die Voraus-
setzungen für eine vollständige Rekommunalisierung geschaffen werden. Das
zuständige Ressort ist jetzt gefordert, ein entsprechendes Konzept, welches die
30 Einsparungen durch den Wegfall der Mehrwertsteuer und die Gewinnentnahme
dazu nutzt, zusätzliche Belastungen der BürgerInnen und der öffentlichen
Haushalte zu vermeiden und gleichzeitig zu qualitativen Verbesserungen bei
der Straßenreinigung zu kommen.

- 35
4. Im Jahr 2028 werden die derzeitigen Verträge zur Abwasserentsorgung auslaufen und eine Neuordnung erfordern. Wir wollen, dass auch in diesem strategisch wichtigen Bereich der kommunalen Daseinsfürsorge in dieser Legislaturperiode die Voraussetzungen für eine Rekommunalisierung geschaffen werden.